

dat, so liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß er nicht mit anderen besser verhandeln könnte. Unseren Feinden gönnen wir diesen Mann, der jedenfalls weiß, was er will. (Weiterkeit u. Zustimmung.)

Graf Bismarck (konf.): Während draußen die schwersten Kämpfe toben, darf hier nicht an den Grundlagen der Reichsverfassung gerüttelt werden. Wir sind von einer Vermehrung der Reichskammer nicht gerade erbaute, aber wir stimmen der Vorlage als vorübergehende Kriegsmäßnahme zu. Ob die Stellvertretung des Reichskanzlers auch in einer späteren Zeit beibehalten sein wird, sei der Zukunft überlassen. Graf Bismarck (Dsch. Kraft). Die wichtige politische Frage der Teilung des Reichsamtes des Innern darf nicht in einem Nachtragsetat behandelt werden. Wir lehnen diesen daher ab. (Hört, hört!) Man konnte das Reichsamt des Innern auf andere Weise entlasten. Ein besonderes soziales Amt war eine Forderung der Sozialpolitik, die vielmehr mit der Wirtschaftspolitik in eine Hand gehört. Durch die immer zahlreicher werdenden geheimen Ausschüsse gewinnt die Stellung des Reichstages nicht; wenn so weiter regiert wird, dann führt der Reichstag zu einer Abstimmungsmaschine herab. (Lob, Zustimmung.)

Reichssekretär Graf Rüdern: Der Vizeminister soll bei den vorbereitenden Verhandlungen der Staatssekretäre mitwirken.

Abg. Biss (nl.): Wir wollen eine, der deutschen Eigenart entsprechende Entwicklung. Redner empfiehlt dann die Entlassung seiner Partei auf Schaffung eines Volksrats-, Bevölkerungs-, Wohnungs- und Siedlungsamtes.

Nach einer längeren Rede des Abg. Stadthagen (N. Soz.) schreitet das Haus zur Abstimmung und nimmt die Regierungsvorlage mit großer Mehrheit an.

Hauptauschuß des Reichstages.

Berlin, 6. Oktober.

Der Hauptauschuß untersag heute den Nachtragsetat über die neuen Stellen in der Reichsregierung der zweiten Lesung. Abg. Erbsberger (Centr.) begründete den Antrag, im Reichshaushalt die Stelle des Stellvertreters des Reichskanzlers als mit dem 31. März 1919 wegfallend zu bezeichnen, mit dem Bedenken, die seine Partei gegen die Einsetzung des Reichskanzlers hat; sie wird aber die Stelle jetzt bewilligen mit Rücksicht auf die Lage. Der Zentrumsantrag wird angenommen.

Abg. Graf Bismarck (konf.) führt aus, welche Kreise wünschten, daß das Patentamt beim Reichswirtschaftsamt bleibe, da der Ausbau der Erfindungen eng mit dem Wirtschaftsleben zusammenhängt und die Gefahr besteht, daß bei einer Angliederung an das Reichsjustizamt formal juristische Erwägungen ausschlaggebend würden. Abg. Graf v. Bismarck (Deutsche Frakt.) spricht sich gegen die vorgeschlagene Teilung des Reichsamtes des Innern aus. Abg. Ledebour (N. Soz.) hält ein besonderes Amt für Sozialpolitik für notwendig.

Nachdem die Aussprache noch längere Zeit fortgegangen, wird unter Ablehnung der sozialdemokratischen Entschließung auf Dreiteilung des Reichsamtes des Innern und Zusammenfassung der sozialpolitischen Fragen in einem Reichsarbeitsamt, die Vorlage angenommen. Sie enthält auch die Abweisung eines Reichswirtschaftsamtes vom Reichsamt des Innern. Hingefügt wird ein § 3, der den Reichskanzler ermächtigt, zur vorübergehenden Verhinderung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse Schatzanweisungen bis zum Betrage von drei Milliarden Mark auszugeben. Die national-liberale Entschließung auf Schaffung eines Reichswirtschaftsamtes wird abgelehnt, die von der gleichen Partei beantragte Entschließung auf Angliederung des Bundesamtes für Heimatweien an das Reichsjustizamt wird angenommen. Nun begann die Besprechung über die

Dienstpflicht der Ausländer.

Redner Redner bringen Fälle über Einstellungen von Ausländern oder sog. Staatenlosen vor, die sie für ungerecht halten. Solche Fälle seien auch geeignet, die feindlichen Staaten zu Vergeltungsmassnahmen zu veranlassen, was namentlich bei Amerika unangenehme Ausichten eröffne. Regierungsvertreter versichern, daß alle Beschwerden nachgeprüft und mit Wohlwollen behandelt werden. Es wird folgender Antrag der Abg. Helne (Soz.) und Giesberts (Centr.) angenommen: „Frühere Angehörige feindlicher Staaten, die eine frühere andere Staatsangehörigkeit verloren haben, ohne die deutsche zu erwerben, sind vom Weerdienst freizulassen; die Dienstpflicht dieser Personen wird bis ... nicht berührt.“ Der Ausschuss verlagert sich auf morgen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Frage der künftigen Steuerreform im Reich beschäftigt begreiflicherweise die Gemüter allerorten. Mit Bezugnahme auf eine Äußerung des württembergischen Finanzministers Dr. v. Viktorius, wonach die Besteuerung künftig bei der Produktion beginnen solle, wurde an den Reichsfinanzminister eine Anfrage gerichtet. Der sachliche Finanzminister erklärte, er könne zu der Frage keine Stellung nehmen. Jene, welche entsprechenden Vorlagen seien ihm von der Reichsregierung nicht zugegangen, auch keine entsprechende Anfrage. Er lehnte im übrigen grundsätzlich jede Abkehr von der jetzigen Wirtschaftsform ab, die sich bewährt habe und der technische Fortschritte und ergiebige Steuerquellen zu verdanken seien. Privatunternehmungen dürften aus dem Wirtschaftsleben nicht länger als unbedingt nötig ausgeschaltet werden. Im übrigen gab er der Hoffnung Ausdruck, daß der Friedensschluß und e. ... Entschädigungen für unsere Opfer bringen werden.

Polen.

Die grundsätzliche Verständigung über den Regentenschaftsrat ist nach dem „Kraj“ nunmehr erzielt worden. Den Regentenschaftsrat werden bilden: Erzbischof Ratowski, Fürst Józef Lubomirski, Graf Józef Ostrowski. Als Minister werden fungieren: Fürst Alexander Drucki Lubeki, Graf Kamikier, Kempicki, Ludwig Gorcki, die Professoren Mikulowski, Pomorski, Kowalski, Barcewowski, General Rostworowski. Bei den Ministern ist eine Änderung vielleicht noch möglich. Die amtliche Bekanntgabe erfolgt wahrscheinlich in der kommenden Woche.

Rußland.

Im Vordergrund des Interesses steht ... der Kampf Kerenskis um die Macht. Der Diktator denkt nicht daran, sich vor der demokratischen Konferenz zu beugen. Er unterhandelt allen Konferenzenberatungen trotzend mit den Moskauer Radikalspartnern wegen der Reorganisation des Kabinetts, von dem fast sämtliche Mitglieder ihre Entlassung eingereicht haben. Vor der entscheidenden Abstimmung hielt Kerenski noch einmal eine Rede, in der er die Gefahren schilderte, die ein ausschließlich sozialistisches Ministerium für die innere und äußere Politik Russlands mit sich bringen würde. Er erklärte, daß nur eine Koalitionsregierung das Land retten könne, und fügte hinzu, daß er, wenn eine andere Entscheidung getroffen werden sollte, sich dieser unterwerfen wolle, dann aber seine Entlassung geben würde, um die Regierungskrisis nicht zu verlängern. — In der Nachmittags Sitzung der Konferenz die Bildung eines Vorparlamentes, als beratende Körperschaft, daß alle Fragen der auswärtigen Politik prüfen soll. Es wird aus 231 Abgeordneten bestehen.

Frankreich.

In der Kammer fand wieder einmal eine umfangreiche Spionagedebatte statt, in deren Verlauf 6 ein Brief an den jetzigen Ministerpräsidenten Painlevé versendet wurde, in dem der ehemalige Minister des Innern Malon beschuldigt wird, seit drei Jahren Deutschland alle Geheimnisse ausgeliefert zu haben; er habe in das Kriegskomitee einzutreten wollen, um der deutschen Armeeführung den Plan des Angriffs auf den Chemin-des-Dames zu liefern. Der Brief enthält noch andere Ungeheuerlichkeiten und gab Anlaß zu stürmischen Debatten. Nach einer langen Verteidigungsrede Malons wurde mit 350 gegen 2 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt.

Italien.

Wie aus vatikanischen Kreisen berichtet wird, arbeitet der Papst für die Fortsetzung des Friedenswerkes. Es heißt, er habe der Entente in aller Form seine Vermittlung angeboten und erwarte nun die Antwort. — An den Besprechungen, die im Vatikan in der vergangenen Woche unter dem Vorsitz des Papstes über die durch die Rote der Mittelmächte geschaffene Lage abgehalten wurden, haben Kardinal-Staatssekretär Gasparri, der frühere Nuntius in München, Kardinal Frühwirth, Kardinal Conte Scapinelli, der frühere Kardinal-Staatssekretär Merry del Val und der Sekretär Gasparri, Tebesci, teilgenommen.

Stockholm, 6. Okt. Nach den Erklärungen dieser russischer Sozialisten ist die Frage nach dem Rücktritt Kerenskis in den Vordergrund getreten. Damit würde die russische Revolution den toten Punkt überwinden.

Stockholm, 5. Okt. Die drei skandinavischen Regierungen beabsichtigen, wegen der Zwangsaushebungen von Skandinavien in Amerika eine Protestnote nach Washington zu senden.

Die Landfrau im Kriege.

Von Gräfin Schwerin-Löwicz.

Die Kriegserklärung war erfolgt: unsere Männer, Söhne und Brüder eilten zur Fahne! Wer diesen demütigen Augenblick auf dem Lande miterlebt hat, wird ihn nie vergessen. Es war, als erlebte man wieder den historischen Augenblick der Freiheitskriege, als König Friedrich Wilhelm III. rief — und alle, alle kamen! Aber sie kamen auch wirklich alle, da war keiner, der nicht bereit war, sein Leben zur Verteidigung unserer gerechten Sache einzusetzen. Damit war aber auch das Land seiner besten Arbeitskräfte beraubt, und mit einem Schläge sahen sich unsere Landfrauen vor die schwere Aufgabe gestellt, nicht bloß Dütern, des Herdes, sondern auch Hüterin der eigenen Scholle zu werden! Diese Erkenntnis wirkte jedoch nicht niederschmetternd, sondern geradezu begeisternd auf unsere Frauen. Denn es ist für uns Frauen in solch erschütternden, welt-historischen Augenblicken nie leicht gewesen und jetzt erst recht nicht, zu sehen, wie unsere Männer selbstverständlich dem Vaterlande dienen, alles für dasselbe opfern durften, während wir Frauen abseits standen und unsere Dienste dem Vaterlande nur mittelbar weihen konnten.

Das Bild hat sich aber seit August 1914 mehr und mehr zu unseren Gunsten gewandt. Die weitausfassende Einberufung aller Wehrpflichtigen ließ für die Frauen keine Wahl mehr: sie mußten an die Stelle des Mannes treten. Die Gutsfrau, indem sie die Leitung der Wirtschaft in die Hand nahm, die Bauernfrau, indem sie oft selbst mit Hand an den Pflug legen mußte. Wohl haben unsere Gutsfrauen Großes als Wirtschaftsleiterinnen geleistet, jedoch bewundernswürdiger noch sind die Leistungen der Bauernfrau gewesen, die bald genötigt war, selbst schweren Schritten hinter dem Pflug einherzugehen, und von der man sagen kann, daß sie im Schweiße ihres Angesichts ihr tägliches Brot sich und anderen verdiene. Von morgens drei Uhr auf den Weiden, das Vieh gefüttert, dann heraus zur Ernte, die Gärten gebunden, daß Korn aufgeladen, dazwischen nach den Kindern gesehen, das Mittagessen besorgt, die Rube gemolken und das Kleinvieh besorgt! Kein Augenblick der Erholung ist ihr gegönnt. Denn sie ist es ja nur allein, die für das ganze Aufkommen hat. In günstigen Fällen steht ihr vielleicht ein alter Vater oder für das Haus manchmal eine alte Mutter zur Seite. Der Alte mäht das Korn und besorgt die Stadtführen. Oder die alte Mutter besorgt Haus und Kinder und sucht die junge Magd anzulernen. Denn besonders in den beiden letzten Kriegsjahren waren es ja meist nur noch Kinder, die sich zu dieser Arbeit einfanden, während die größeren Mädchen nach den Munitionsfabriken drängten, wo ein höherer Lohn ihnen winkte! Aber die Hauptlast ruht doch auf der Bauernfrau oder wirtschaft-führenden Landfrau.

Was Wunder, daß, als der Krieg anfang, sich in die Länge zu ziehen, der Mut dieser Frauen manchmal zu sinken drohte, daß sie anfangen mit ernster Sorge in die Zukunft zu blicken. Aber da genügt doch bald ein kurzer Hinweis auf die so viel größeren Mühe und Leiden unserer Männer und auch unserer Mitbewerber z. B. in dem vom Feinde verwüsteten und besetzten Ostpreußen, um die alte Widerstandskraft herzustellen. Was waren alle unsere Sorgen gegenüber den Leiden, welche die armen Bewohner dort haben durchmachen müssen! Von der eigenen Scholle vertrieben, hinter ihnen die brennenden Gehöfte, dezimierte Herden, um Hab und Gut gebracht — alte Männer getötet oder als Geiseln verschleppt, Frauen und Kinder geschändet und mißhandelt — die ostpreußische Landfrau stand vor den Trümmern ihrer Habe, als durch die maurischen Befreiungsschlachten unseres großen Generalfeldmarschalls von Hindenburg und seines genialen Ratgebers Ludendorff Ostpreußen aus Feindeshand wieder befreit wurde. Und die ostpreußische Frau wußte sich doch bald für ihre heldenmütige Widerbereiung dankbar zu erweisen. In noch rauchenden Trümmerruinen nahm sie sogleich ihre Arbeit wieder auf und ergriff dankbar die ihr dargebotene Hilfe, und heute sehen wir in Ostpreußen diejenige Provinz, die sich in allen opferfreudigen Kriegesleistungen, bei der Hindenburgspende, bei der Aufnahme der leidenden Industriefinder am meisten hervortut. Wir in den verschonten Gebieten können ja nicht dankbar genug sein, durch das heldenmütige Ausharren unserer unvergleichlichen Kämpfer im Westen und das siegreiche Vordringen unserer Armeen im Osten unser Land vor allen Verwüstungen des Krieges bewahrt und uns nur so in den Stand gesetzt zu sehen, unsere Pflichten der Versorgung von Heer und Volk nachkommen zu können.

Kam doch bei der wälligen Abschneidung aller Zufuhren aus dem Auslande bald alles darauf an, die Produktion des Landes auf ihrer Höhe zu erhalten, oder, wo irgend möglich, zu mehren. Nun galt es, zu beweisen, daß, während unsere tapferen, todesmutigen Heldenscharen für ihr Vaterland kämpfen und bluten, wir Dageingeblienen auch den Kampf um unser wirtschaftliches Durchhalten erfolgreich zu führen fähig seien. In welchem Grade es der deutschen Frau gelungen ist, unsern wirtschaftlichen Sieg erringen zu helfen, darüber wird die Geschichte einstens das Urteil fällen. Uns Frauen hat aber jedenfalls das Bewußtsein getaner Pflichterfüllung gestählt, der Gedanke, getan zu haben, was wir konnten, um das Vertrauen der todesmutigen Kämpfer draußen in Feindesland nicht zu enttäuschen, ihnen aus deutschem Boden wachsen zu lassen, was sie als Kampfmittel zum Niedererringen des Feindes und zum deutschen Endsiege brauchen: das tägliche Brot und die deutsche Kartoffel. Die Kartoffel ist ja zu einem politischen Moment erster Größe geworden. Unsere Landfrau darf sich getroßt sagen, daß an der Stelle, wo sie steht, sie mit die Mittel schafft und erhält, deutschen Sieg zu erringen. Gewiß eine Sache von gewaltiger und s. elliger Verantwortung!

Es gibt nur einen Erfolg: den E n d erfolg!

Die siebente Kriegsanleihe soll ihn besiegeln. Nur nicht nachlassen, nicht müde werden in letzter Stunde! — Keinem deutschen Krieger wird es einfallen, plötzlich im entscheidenden Sturmangriff zurückzubleiben. Ebenso wenig darf jetzt zu Hause auch nur ein einziger mit seinem Gelde fehlen. Mit der siebenten Kriegsanleihe muß der Sieg im Wirtschaftskampf erfochten werden! Dann ist der Krieg gewonnen!

Darum zeichne!

Aus In- und Ausland.

Berlin, 6. Okt. Der Kaiser hat auf das Begrüßungstelegramm der Kurländer mit einem Telegramm geantwortet, in dem er seine Wünsche für das Ausblühen Kurlands zum Ausdruck bringt.

Berlin, 5. Okt. Der Kultusminister hat die Regierungen angewiesen, die neuen Kriegsteuerungsanlagen für die Volksschullehrer und -lehrerinnen schleunigst zur Auszahlung zu bringen.

Berlin, 5. Okt. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Reichskanzler morgen den eias-losbringlichen Abgeordneten die Frage über die zukünftige politische Gestaltung der Reichsländer beantworten. Die Antwort wird in einer besonderen Zusammenkunft erfolgen.

Osaka, 5. Okt. Im Gegensatz zur „Times“ erklärt die „Westminster Gazette“ ihre volle Zustimmung zur Rede des Grafen Gernin, die geeignet sei, einer künftigen internationalen Verfassung als Grundlage zu dienen.

Kopenhagen, 5. Okt. Die japanische Regierung hat soeben ein Verbot erlassen, Schiffe in japanischem Besitz zu verkaufen, oder Schiffe, die sich zurzeit auf japanischen Werften im Bau befinden, an ihre ausländischen Besteller abzuliefern. Das Verbot trifft in erster Linie England.

Kopenhagen, 5. Okt. Nach Petersburger Meldungen ist Generalmajor Buraschewski zum Generalstabchef ernannt worden.

Rotterdam, 5. Okt. Benizelos, der bis jetzt sowohl Ministerpräsident als Kriegsminister war, hat sich entschlossen, das Kriegsministerpostenfuelle niederzuliegen. Er hat es dem General Danglis angedeboten.

Rotterdam, 5. Okt. Nach verschiedenen amerikanischen Berichten soll demnächst eine Konferenz der südamerikanischen Staaten stattfinden, die zur Errichtung einer südamerikanischen Union führen soll.

Stockholm, 5. Okt. Nach Pariser Meldungen erklärte in der Kammer der Sozialist Robert, Präsident Volucoré sei die hohe Persönlichkeit, die Bolschewische empfahlen und für ihn die Verantwortung übernommen habe.

Stockholm, 5. Okt. Die schwedische Post aus Washington ist von den englischen Behörden in Halifax in Neu-Schottland zurückgehalten und beschlagnahmt worden.

Stockholm, 5. Okt. Nach einer Meldung des „Nro Koffi“ ist Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der sich bisher auf seinen Gütern im Kaukasus aufhielt, verschwunden. Die von der Regierung sofort angeordneten Ermittlungen sind ergebnislos verlaufen, es ist den Behörden nicht möglich, den Aufenthaltsort des Großfürsten ausfindig zu machen. Es wird angenommen, daß sich der frühere Oberbefehlshaber in Finnland verborgen hält.